

NIEDERSCHRIFT Nr.: 9/L

über die öffentliche Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

am 06.04.2016, um 15.00 Uhr

9. Sitzung in der 19. Legislaturperiode

Sitzungsbeginn: 15.00 Uhr

Sitzungsende: 16.35 Uhr

Anwesend:

Vertreter des Senats

Herr Senator Martin Günthner

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Frau Sybille Böschen

Frau Sülmez Dogan

Herr Björn Fecker

Herr Arno Gottschalk für Herrn Jens Crueger

Frau Susanne Grobien

Herr Nelson Janßen für Herrn Klaus-Rainer Rupp

Herr Jörg Kastendiek (Vorsitzender)

Herr Sascha Lucht

Frau Ingelore Rosenkötter für Herrn Andreas Kottisch

Herr Christian Schäfer

Herr Uwe Schmidt

Frau Lencke Steiner

Herr Elias Tsartilidis

Von der Verwaltung

Herr Bruns

Herr Brunßen

Herr Dähn

Herr Gürbüç

Herr Helmbrecht

Frau Jansen

Herr Dr. Kühling

Frau Niestädt

Herr Peters

Herr Poppinga

Herr Sengstake

Herr Staatsrat Siering

Frau Stellmacher

Herr Wiebe

Gäste

Herr Rehberg (bremenports)

Herr Bartels (bremenports)

Herr Dr. Sondergeld (WFB)

Frau Geber (WFB)

Abg. Kastendiek eröffnet die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift Nr. 8/L über die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 02.03.2016

Abg. Janßen stellt fest, in der Beschlussfassung zu TOP 12, Vorlage Nr. 19/093-L „Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei öffentlicher Auftragsvergabe Wertgrenzen zur freihändigen und beschränkten Vergabe anheben“ habe sich die Fraktion DIE LINKE den Fraktionen der CDU und der FDP angeschlossen und gegen die Ziffern 3 und 4 gestimmt.

Beschluss:

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

An die Deputation

TOP 2 Erläuterungen zu Markenarchitektur, Markenkern und Kommunikationsmuster für die Freie Hansestadt Bremen (Corporate-Design-Handbuch) sowie Relaunch des Stadtportals bremen.de

Mündlicher Bericht

Herr Dr. Sondergeld stellt eine Powerpoint-Präsentation vor (siehe Anlage 3). Zunächst erläutert er einleitend die Philosophie des bremischen Standortmarketings. Diese sei mit dem Gedanken aufgelegt worden, eine hohe Besucherfrequenz für Bremen zu generieren, somit die Bekanntheit zu steigern und im Ergebnis ein nachhaltig neues und attraktives Image für Land und Stadt zu erwirken. Da die reine Imagewerbung im Stile Baden-Württembergs mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden gewesen wäre, sei eine Markenstrategie installiert worden. Die potenziellen Partner und Veranstalter seien eingeladen, die bereitgestellte Markenarchitektur zu nutzen; somit werde jedes Veranstaltungsangebot damit zu einem Botschafter für Land oder Stadt und die Marke „Bremen“ positiv aufgeladen.

Für eine Weiterentwicklung des Designs stellten sich neben detaillierten Formatierungsfragen auch Fragen nach der Weiterverwendung der Stadtmusikanten, einem neuen Icon für Bremerhaven, der Integration Bremen-Nords sowie anderen Gestaltungselementen.

In der Debatte habe sich herausgestellt, dass die Stadtmusikanten die herausragende Marke Bremens sei, die mit einer hohen positiven emotionalen Qualität verbunden sei

und daher weiter verwendet werden sollte. Für Bremerhaven habe sich die Entwicklung einer solchen Marke als problematischer erwiesen; das nun installierte stilisierte Segelschiff drücke emotionale Verbundenheit zum Standort aus.

Die bereits bekannten Textboxen würden zukünftig variabel gestaltet und böten mehr Platz und Variabilität für Claims und Slogans. Teilweise seien diese auch schon gemeinsam mit den eingeladenen Partnern gestaltet, etwa mit dem Wissenschaftsbereich. Etwaige Ergänzungen der Partner seien möglich und würden einen direkten Bezug zum Event bzw. dem Veranstalter setzen. Für Bremen-Nord werde das bekannte Markendesign verwendet und mit einer weiteren Textbox zu einer aussagefähigen Wort-Bild-Marke entwickelt, hinter der sich alle dortigen Akteure versammeln können.

Weitere Anforderung an die Kommunikationsmuster war die Integration von Absenderadressen – z. B. für das Thema „Gewerbeflächen“ sollte die WFB sogleich als Ansprechpartner erkennbar sein. Eine klare, aber offene Struktur vermeide eine Überfrachtung der Vorlagen, wie etwa in Hamburg, wo sich die Veranstalter häufig nicht hinter dem Kommunikationsmuster versammelten.

Der Relaunch des Stadtportals sei verbunden mit einem neuen Grundprinzip im Kacheldesign, dass auch für mobile Endgeräte ein ansprechendes Design biete, Darüber hinaus sei es möglich, über umfangreiche Menüs und Verlinkungen aus einer Komplettübersicht, etwa im Bereich Kultur, bis in die Zieleinrichtung zu navigieren. Die Refinanzierung der Investition erfolge über den Markenshop, aus dem die eingeladenen Veranstaltungspartner sich mit entsprechenden Kommunikationsmustern versorgen könnten und damit die Marke Bremen transportierten.

Auf Nachfrage des **Dep. Dr. Redder**, wer denn als Partner innerhalb dieses Programms in Frage komme und damit arbeiten dürfe, erläutert **Herr Dr. Sondergeld**, potenzielle Partner seien private und öffentliche Einrichtungen abseits politischer Parteien mit einem entsprechenden Veranstaltungsangebot, denn je häufiger die Marke transportiert werde, umso stärker stabilisiere sie sich.

Abg. Frau Grobien vermisst echte Neuigkeiten in Design und Kommunikationsmuster und bemängelt, dass sich in der Welcome-Broschüre für die Geflüchteten noch das alte Design wiederfinde und Bremen-Nord nunmehr hinter Bremen verschwinde.

Herr Dr. Sondergeld erläutert, es gebe zunächst eine längere Übergangsphase mit einem Parallelbetrieb des alten und des neuen Designs; die Welcome-Broschüre sei vor Verabschiedung des neuen Kommunikationsmusters gedruckt worden.

Eine Komplettüberarbeitung des Designs sei grundsätzlich nicht das Ziel gewesen; der Blick habe der Weiterentwicklung des bekannten Designs gegolten, da ansonsten das

Neue mit hohem Aufwand als Marke von Grund auf bei Partnern und Kunden hätte verankert werden müssen. In Sachen Bremen Nord zeigt er sich froh, dass sich die dortigen Akteure insgesamt hinter der Marke „Bremen“ versammelt hätten und nicht mehr als Einzelkämpfer am Markt stünden.

Abg. Kastendiek problematisiert, ob es hinsichtlich anderer Küstenstandorte Verwechslungsgefahren für die Bremerhaven-Marke gebe. **Herr Dr. Sondergeld** hält die Prägnanz des Bremerhavener Segels für unverwechselbar hoch; es sei emotional besetzt und mit vielfältigen Konnotationen – Wind, frische Brise – verbunden.

Dep. Dr. Redder würdigt den seines Erachtens günstigen Preis für die Erstellung des neuen Designs. Auf seine Nachfrage hinsichtlich des weiteren Ausbaus des Stadtportals bremen.de bestätigt **Herr Dr. Sondergeld**, dass das Portal nach und nach zu einem vollwertigen Dienstleistungsportal ausgebaut werden solle.

TOP 3 Aufstellung der Haushalte 2016 und 2017 für die Produktpläne Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Vorlage Nr. 19/131-L/S

Auf den Vorschlag des **Abg. Kastendiek** werden alle haushaltsrelevanten Vorlagen im Rahmen des Entwurfs zum allgemeinen Haushalt beraten.

Senator Günthner bemerkt vorweg, dass mit dem Haushalt vielfältige Politikbereiche abgedeckt würden und nicht nur die in der Öffentlichkeit zuletzt besonders fokussierten Themen „Einhaltung Stabilitätspakt“ und „Flüchtlingskrise“. Gleichwohl hätten diese Themen besondere Zwänge für die Haushaltsaufstellung entfaltet. Vor diesem Hintergrund sei festzuhalten, dass das Ergebnis ein solides Arbeiten des Ressorts in den kommenden Jahren ermögliche.

Zweifelsohne handele es sich um einen Sparhaushalt, der in ähnlicher Form auch für die zukünftigen Haushaltsaufstellungen erwartet werden dürfe. Trotzdem könnten zentrale wirtschaftspolitische Weichenstellungen und Vorhaben vorangetrieben werden.

Der Haushalt 2016/2017 nehme damit die positive wirtschaftliche Entwicklung auf, die etwa einen Höchststand an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen aufweise.

Als wesentliche Schwerpunkte seien die weitere Entwicklung von Gewerbegebieten, die Innovationsförderung, die Fortentwicklung der Hafeninfrastruktur sowie die weitere Stärkung des Standortmarketings gesetzt, denn gerade die Tourismusbranche als Teil des Dienstleistungssektors weise eine herausragende Arbeitsplatzbilanz auf.

In der Arbeitsmarktpolitik werde nach erfolgreicher Installation der Jugendberufsagentur und der Ausbildungsgarantie die Langzeitarbeitslosigkeit besonders fokussiert. In diesem Zusammenhang sei die vorgesehene Schaffung von bis zu 500 öffentlich ge-

förderten Arbeitsplätzen angesichts der Haushaltslage ein großer Erfolg. Grundsätzlich sei die Haushaltsaufstellung aufgrund der erstmals durchgeführten maßnahmenbezogenen Investitionsplanung sehr ambitioniert gewesen; damit werde ein Höchstmaß an Transparenz erreicht. Unvorhergesehene Entwicklungen müssten dann jedoch über die erforderlichen Gremienbefassungen flexibel bearbeitet werden.

Im Drittmittelbereich gewöhnen die GRW-Bundesmittle zunehmend an Bedeutung und würden von ca. 5 Mio. € in 2016 auf 9,3 Mio. € in 2018 steigen und damit den finanziell gleichen Stellenwert wie die EFRE-Förderung erreichen. Dies sei auch deshalb von Bedeutung, da die GRW im Gegensatz zur EU die Förderung „klassischer“ Infrastrukturen erlaube.

Problematisch stelle sich die Personalsituation im Ressort dar. Der bestehende Personalüberhang werde voraussichtlich nicht abgebaut werden können und im Gegenteil sei in Teilen die Grenzen der Einsparungen und damit erhöhten Arbeitsbelastungen erreicht.

Abg. Kastendiek kann den von Senator Günthner dargestellten politischen Erfolg so nicht aus dem Haushaltsentwurf nachvollziehen. Die erforderlichen Hafeninvestitionen seien nicht erkennbar; die Zuführungen in das Sondervermögen Hafen wie auch die allgemeinen Investitionsausgaben seien massiv abgesenkt. Die Finanzierung des Offshore-Terminal Bremerhaven (OTB) bliebe unklar.

Auch Maßnahmen zur Bekämpfung insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit seien nur unzureichend unterfüttert. In diesem Zusammenhang nimmt er die Ausführungen des Senators zur wirtschaftlichen Lage auf und verweist auf das im Bund deutlich größere Wirtschaftswachstum seit 2007; er sehe hier großen Aufholbedarf.

Die Personalsituation insbesondere im Hafenbereich beurteilt er kritisch und bittet daher um Erläuterung des Stands der Kontraktverhandlungen mit dem Finanzressort. Bedauerlich sei, dass die Beteiligungsgesellschaften nicht auch mit ihren Leistungskennziffern im Produkthaushalt auftauchten; sofern die engere Führung der Beteiligungsgesellschaften ernst genommen werden solle, müsse hier bis zur parlamentarischen Beschlussfassung nachgearbeitet werden.

Dep. Dr. Redder ist irritiert über den Begriff „investive Einnahmen“ sowie über die im Haushaltsentwurf genannten Subventionen für das Musical. Die Zahlen der auf Seite 2 der Vorlage dargestellten Tabelle halte er für einseitig positiv – Einnahmen nähmen zu, Ausgaben nähmen ab. Eine Betrachtung im Rahmen eines Korridors wäre seines Erachtens ehrlicher.

Abg. Janßen bemerkt, dass bisher die Kosten für die Bewältigung der sogenannten Flüchtlingskrise aus der gesamten Haushaltsberatung herausgehalten worden seien

und nicht einmal eine Diskussion anhand von Größenordnungen möglich sei. Irritierend sei ein Betrag von 32 Mio. € im allgemeinen Haushalt für die Kajensanierung im Kaiserhafen III, während im Wirtschaftsplan des Sondervermögens Hafen 52 Mio. € eingestellt seien. Auffällig sei auch, dass die Zuführungen an das Sondervermögen laut Finanzplan ab 2019 schwächer steigen sollen als zuvor. Er fragt weiter, inwieweit mit den ausstehenden Mitteln aus der vergangenen EFRE/ESF-Förderperiode zu rechnen sei, da sie nicht im Haushalt genannt seien.

Abg. Schäfer sieht die Ausgabensteigerungen insbesondere im Personalhaushalt und bei sonstigen Ausgaben vor dem Hintergrund der Kürzungen für Investitionsvorhaben kritisch. Die prognostizierten Einnahmesteigerungen bei steuerabhängigen Einnahmen von 3,4 MRD. € auf 4,1 MRD. € im Zeitraum 2014-2020 halte er für unrealistisch.

Abg. Fecker schickt vorweg, dass die vorhabenbezogene Investitionsplanung seines Erachtens ein Gewinn für die parlamentarische Arbeit und die Haushaltstransparenz sei.

Nachdem die Jugendberufsagentur eine positive Entwicklung nehme und für eine systematische Bearbeitung der Jugendarbeitslosigkeit Sorge sei die Neuauflage eines Landesprogramms für den sozialen Arbeitsmarkt besonders begrüßenswert. Er teilt weiter die Einschätzung des Senators zur kritischen Personalsituation und hält auch im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der WFB eine nachhaltige Aufgabenkritik für sinnvoll. Insgesamt sei der Haushalt unter den gegebenen Rahmenbedingungen akzeptabel ausgefallen und sichere die Hafeninvestitionen, Gewerbeflächenentwicklung sowie Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ab.

Abg. Liess hält den Ressorthaushalt insgesamt für auskömmlich vor dem Hintergrund der schwierigen finanziellen Gesamtlage, die nur wenig Spielraum lasse. Die geäußerte Kritik an der sinkenden Investitionsquote sei teilweise haltlos, sofern im gleichen Zuge auf die Einhaltung des Stabilitätspaktes bestanden werde. In der haushaltstechnischen Darstellung schließt er sich dem Abg. Fecker an und lobt die differenziertere Darstellung im Produktgruppenhaushalt. Die damit verbundenen Einschränkungen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit müssten ggf. durch zusätzliche Gremienbefassungen, auch Sondersitzungen, geschlossen werden. In Richtung des Dep. Dr. Redder unterstreicht er, dass aufgrund der Haushaltsgrundsätze der Haushaltsentwurf mit fest definierten Zahlen operieren müsse und eine korridorweise Betrachtung nicht funktioniere.

Herr Wiebe erläutert, in der politischen Beurteilung der gesunkenen Investitionsquote sollte beachtet werden, dass die Zuwendung für die Jacobs-Universität von 3 Mio. € aus dem investiven in den konsumtiven Teil umgeschichtet worden sei. Neben den

Mitteln für gesetzliche Verpflichtungen und bestehende Verpflichtungen stünden über die Drittmittelprogramme für die Haushaltsjahr 2016/17 insgesamt noch weitere 50 Mio. € für Investitionen bereit.

Der Überhang im Personalhaushalt, hier besonders im Hafbereich, ergebe sich weit überwiegend aus der Situation im Hafenamts, das inzwischen an die Grenzen weiterer Einsparungen geführt sei und am Beispiel des dort erforderlichen Schichtbetriebes werde auch deutlich, dass weitere Einsparungen den Betrieb gefährden würden.

Des Weiteren stiegen die Personalausgaben auch aufgrund von Pensionslasten und Tarifabschlüssen. Von einer Aufgabenkritik sei nicht zwangsläufig eine Verbesserung des Personalhaushaltes zu erwarten, da der Personalabbau in aller Regel nur über ausscheidende Mitarbeiter gesteuert werden könne und nicht über den Wegfall von Aufgaben.

Auf die Integration weiterer Leistungskennziffern für die Gesellschaften in den Produkthaushalt sei verzichtet worden, da insbesondere die Managementreports die Entwicklung der Gesellschaften transparent abbilden und eine politische Bewertung der Beteiligungen ermöglichen.

In Richtung des Dep. Dr. Redder erläutert er, „investive Einnahmen“ seien eine hier gewählte Begrifflichkeit, die nur die Zuordnung eingehender Einnahmen für investive Zwecke bedeute. Er weist darauf hin, dass in den Tabellen der Anlage 2 entgegen der Überschrift „ausschließlich die investiven Ausgaben“ dargestellt sind. Die Subventionen für das Musical seien eine reine Abfinanzierung des Projektes aufgrund früherer politischer Entscheidungen. Die dargestellten Steuereinnahmen in Tab 2 resultierten aus den Steuerschätzungen von Bund und Ländern.

Die Einnahmen aus der vergangenen EFRE/ESF-Förderperiode seien bereits im alten Haushalt veranschlagt gewesen; eine erneute Veranschlagung als Einnahme sei somit nicht möglich. Es sei ein Verlustvortrag über diese ausstehenden EU-Mittel gebildet worden, der aufgelöst werde, sobald Bremen die Mittel zugewiesen bekomme.

Herr Peters erklärt, der Finanzierungsbeschluss zum OTB datiere aus der Deputationssitzung im Dezember 2012 und zum jetzigen Zeitpunkt gebe es keine Hinweise auf finanzielle Risiken, sodass der OTB im beschlossenen Rahmen gebaut werden könne. Dies sei unterjährig in den Controllingberichten der Sondervermögen Hafens und Fischereihafens mitzuverfolgen.

In Richtung des Abg. Janßen erläutert er, die Differenz zwischen Haushalt und dem Wirtschaftsplan des Sondervermögens Hafens zur Kajensanierung im Kaiserhafen III ergebe sich aus dem optionierten 2. Bauabschnitt, für den im Wirtschaftsplan des Sondervermögens Hafens zusätzliche 20 Mio. € in die Planung für die Jahre 2018 und 2019 eingestellt wurden. Die Entwicklung der Erlöse im Sondervermögen Fischereiha-

fen ab 2018 berücksichtige, dass nur bis 2017 die Entwicklung der Strompreise abgeschätzt werden könne, sodass die Erwartung der Erlöse aus dem Stromverkauf im Fischereihafen für die Folgejahre entsprechend konservativ ausfalle. Im Sondervermögen Hafen fielen die Erwartungen ab 2018 insbesondere aufgrund der nicht abzuschätzenden Erlöse aus Hafengebühren defensiver aus.

Abg. Kastendiek erinnert, im Finanzierungskonzept zum OTB seien auch Beteiligungserlöse ein bedeutender Faktor gewesen; diese seien im Haushalt nicht abgebildet. Auf seine Nachfrage, ob das Teilsondervermögen Veranstaltungsfächen Pachtzahlungen vom Rennverein erhalte, nennt **Senator Günthner** einen Pachtzins von 8000 €/Jahr.

Dep. Dr. Redder weist darauf hin, dass die in der Vorlage dargestellten Zahlen auf der Steuerschätzung vom Mai 2015 basierten und die aktuelle Steuerschätzung völlig vernachlässigten.

Abg. Janßen sieht im Zeitablauf der Haushaltsverabschiedung ein logisches Problem, wenn bereits jetzt die Wirtschafts- und Finanzpläne der Sondervermögen ohne Ressorthaushalt beschlossen würden.

Herr Wiebe erwartet, dass die aktuelle Steuerschätzung vom Finanzressort noch in den weiteren Beratungsprozess eingespeist werde. Der Prozess der Haushaltsaufstellung sowie der Aufstellung der Wirtschaftspläne der Sondervermögen erfordere eine gewisse Parallelität, die ggf. in den Wirtschaftsplänen nachgepflegt werden müsse, sofern sich aus der Beschlussfassung des Haushaltes Änderungen ergäben.

Herr Peters erklärt, das Finanzierungskonzept zum OTB sehe vor, dass die Beteiligungserlöse zunächst dem Haushalt des Finanzressorts zufließen und anschließend von dort bedarfsgerecht dem Projekt zugeführt werden. Die Entwicklung der projektbezogenen Rücklagen im Sondervermögen Hafen lasse sich den Anlagen zu den Controllingberichten entnehmen.

Auf Nachfrage des **Abg. Kastendiek** bestätigt **Herr Peters**, dass die zusätzlichen Beteiligungserlöse zukünftig dem Sondervermögen zugeführt würden.

Abg. Janßen verweist auf eine Bürgerschaftsanfrage seiner Fraktion, auf die der Senat eingeräumt habe, dass die Gewinnabführungen nicht im erwarteten Umfang eingingen. Insofern sei festzustellen, dass es eine Finanzierungslücke für den OTB gebe.

Abg. Kastendiek bemerkt, diese belaufe sich auf eine Summe zwischen 10-50 Mio. €, die gegebenenfalls in anderen Produktgruppen des Ressorts erwirtschaftet werden müsste. Insgesamt sei die haushaltstechnische Darstellung verbesserungswürdig.

Abg. Frau Steiner bittet zu erläutern, wie genau und in welcher Höhe sich die Ausga-

ben für die Mittelstands- und Existenzgründungsförderung zusammensetzten und ob diese drastisch reduziert seien. **Herr Wiebe** erklärt, ein Blick auf die bloße Haushaltsstelle lasse diesen Eindruck entstehen; allerdings könne die Existenzgründungsförderung jetzt auch aus dem EFRE erfolgen. In den Vorjahren sei diese nur aus dem Landeshaushalt erfolgt, so dass insgesamt das Fördervolumen vergleichbar mit dem vorherigen Haushalt sei. **Herr Dr. Kühling** ergänzt, die Existenzgründungs- und Mittelstandsförderung erfolge aus verschiedenen Fördersträngen, nahezu sämtliche Förderprogramme des Landes im Rahmen der Wirtschaftsförderung seien auf KMU und Gründungen ausgerichtet. Insoweit sei der Haushaltstitel „Mittelstand“ nicht gleichzusetzen mit der gesamten KMU-bezogenen Förderung. Er unterstreicht, dass die Mittelstands- und Existenzgründungsförderung im neuen Haushaltsentwurf weitgehend unverändert fortgeführt werde. Einer davon mit einem Umfang von 23 Mio. Euro, aber die genaue Zahl müsse aus den verschiedenen Töpfen errechnet werden (siehe auch die Erläuterung in Anlage 4).

Abg. Janßen vermisst die Anmeldung aus den Beiräten; auch zu den regionalen Netzen müssten im Haushalt Zahlen zu finden sein. Das im Haushaltsentwurf angesprochene Beschäftigungsförderungsprogramm sei zudem noch nicht inhaltlich hinterlegt; auch die Zielrichtung – etwa überwiegende Förderung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung – sei noch unklar.

Herr Wiebe erklärt, die Beirätemittel würden zentral beim Bauressort veranschlagt.

Frau Jansen führt aus, dass im Mai das Konzept zum Beschäftigungsförderungsprogramm für Langzeitarbeitslose vorgelegt werden solle. Zielrichtung des Konzepts sei tatsächlich die überwiegende Förderung von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Haushaltsentwurf des Ressorts Wirtschaft, Arbeit und Häfen für die Jahre 2016 und 2017 zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bestätigt die im Produktgruppenhaushalt enthaltenen Darlegungen nach Art. 131a Landesverfassung und, dass die Ausgaben aus gesetzlichen oder sonstigen zwingenden Gründen dem Grunde und der Höhe nach in dem veranschlagten Umfang erforderlich sind und alle Einnahmemöglichkeiten ausgeschöpft werden. Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von CDU, DIE LINKE und FDP sowie des Vertreters der ALFA-Gruppe-Bremen.

TOP 4 Aufstellung der Haushalte 2016 und 2017 für die Produktpläne Wirtschaft, Arbeit und Häfen - Nachtrag: Veranschlagung von VE im Produktplan 31 - Arbeit
Vorlage Nr. 19/146-L/S

Beschluss:

Die Deputationen (Land) für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Veranschlagung der Verpflichtungsermächtigungen im Produktplan 31 – Arbeit – für die Jahre 2016 und 2017 zur Kenntnis und bittet den Senat, diese Veranschlagungen im Haushaltsplan 2016 und 2017 zu berücksichtigen.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von CDU, DIE LINKE und FDP sowie des Vertreters der ALFA-Gruppe-Bremen.

An die Deputation als Sondervermögensausschuss

**TOP 5 Sonstige Sondervermögen Gewerbeflächen Stadt/Land;
Aufstellung der Wirtschaftspläne 2016/2017 sowie Finanzpläne für 2018-2020**
Vorlage Nr. 19/132-L/S

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen setzt in ihrer Funktion als Sondervermögensausschuss des Sonstigen Sondervermögens Gewerbeflächen (Land) den ihr vorgelegten Wirtschaftsplan für die Jahre 2016/2017 fest und nimmt den Finanzplan 2018-2020 zur Kenntnis.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von CDU, DIE LINKE und FDP sowie des Vertreters der ALFA-Gruppe-Bremen.

**TOP 6 Sonstiges Sondervermögen Fischereihafen
Wirtschaftsplan Sondervermögen Fischereihafen für 2016 und 2017 sowie
Finanzplan 2018 und 2019**
Vorlage Nr. 19/133-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der Funktion als Sondervermögensausschuss für das Sondervermögen Fischereihafen setzt die Wirtschaftspläne 2016 und 2017 sowie die Planung bis 2020 für das Sondervermögen Fischereihafen fest.

Die Beschlussfassung erfolgt gegen die Stimmen der VertreterInnen der Fraktionen von CDU, DIE LINKE und FDP sowie des Vertreters der ALFA-Gruppe-Bremen.

An die Deputation

TOP 7 "Maritimes Cluster Norddeutschland e.V."

Ausnahme nach Art. 132a Landesverfassung

Vorlage Nr. 19/119-L

Auf Nachfrage des **Abg. Kastendiek** stellt **Herr Dr. Kühling** fest, am 21.04.2016 finde die Gründungsversammlung des MCN e.V. in Hamburg statt, in der die verpflichtende Beteiligung Bremens angestrebt werde; insofern müsse die Finanzierung zu diesem Zeitpunkt bereits gesichert sein.

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt zu, dass Bremen die Mitwirkung im Maritimen Cluster Norddeutschland in Höhe von jährlich 80.000 € von 2017-2021 fortsetzt und in der Form des Vereins weiter unterstützt.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt vorbehaltlich der Entscheidung über den Haushalt der Erteilung einer zusätzlichen Verpflichtungsermächtigung (VE) i.H.v. 400.000 bei der HH-Stelle 0703/686 17-6 „Förderung von Transferstellen“ zu. Die Abdeckung erfolgt in den Jahren 2017-2021 in Höhe von jährlich 80.000 € aus den in der Finanzplanung vorgesehenen Mitteln der oben genannten Haushaltsstelle (s. auch anl. M-Antrag). Zum Ausgleich dieser zusätzlichen VE wird die bei der Hst. 0703/686 46-0, Förderung anwendungsorientierter Forschungseinrichtungen (FuE), vorveranschlagte VE insoweit nicht in Anspruch genommen.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet um Vorlage der laut Ländervereinbarung geplanten externen Evaluierung der Tätigkeit des MCN e.V. im Frühjahr des Jahres 2020 im Sinne einer Erfolgskontrolle.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung der Vertreterin der Fraktion der FDP.

TOP 8 Universum Science Center Bremen

Bericht zur Neuausrichtung, zu den Umbaumaßnahmen sowie zur Verschmelzung von BSC und UMG

Vorlage Nr. 19/134-L/S

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht zum Umbau des Universum® zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt einer Verschmelzung der UMG auf die BSC zu.
3. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für

Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses einzuholen, die UMG rückwirkend zum 1.1.2016 auf die BSC zu verschmelzen.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

**TOP 9 Europäischer Meeres- und Fischereifonds
Förderrichtlinien zur Förderung der Fischwirtschaft im Lande Bremen**

Vorlage Nr. 19/135-L

Auf die Nachfrage der **Abg. Frau Grobien**, warum die Förderrichtlinien zustimmungspflichtig seien, sagt **Herr Peters** eine Klärung über das Protokoll zu.

In den Verfahrensregelungen der Zuständigkeitsabgrenzungen zwischen Fachdeputationen und Fachverwaltungen ist festgelegt, dass Fälle von grundsätzlicher oder politischer Bedeutung der Fachdeputation zur Entscheidung vorzulegen sind. Hierzu gehören Förderrichtlinien. Die Bewilligung von Investitionszuschüssen kann nur im Rahmen von bestehenden Vorschriften und beschlossenen Richtlinien durch die Verwaltung entschieden werden.

Abg. Janßen fragt, ob es einen Beteiligungsprozess gegeben habe und inwieweit Abwägungen bzw. Schwerpunkte gesetzt worden seien. **Herr Peters** erklärt, mit dieser Vorlage werde eine Vorgabe der europäischen Kommission umgesetzt. Diese betreffe unter anderem die Einrichtung einer örtlichen Gruppe in Bremerhaven, die die Umstellung fischwirtschaftlicher Gebiete zu begleiten habe. Insofern sei eine Beteiligung sichergestellt.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Veröffentlichung der anliegenden „Ausführungsrichtlinie zur Förderung der Fischwirtschaft im Lande Bremen“ und der „Förderrichtlinie zur Förderung der Fischwirtschaft im Lande Bremen“ zu.

Die Beschlussfassung erfolgt bei Enthaltung des Vertreters der Fraktion DIE LINKE.

**TOP 10 Fragenkatalog der Fraktion Die Linke zum Thema "Rüstungsexporte als
Fluchtursache und die Rolle Bremens als Rüstungshochburg"**

Vorlage Nr. 19/137-L

Abg. Janßen bedauert, dass die Fragen zum Teil nur unvollständig beantwortet seien; insbesondere, wenn Informationen sowieso öffentlich zugänglich seien bzw. auch bundesweit in der Presse verarbeitet würden, hätte er auch in der Vorlage eine Antwort erwartet. Dies betreffe insbesondere die Antwort zu Frage 7, die aber auch die genaue

Fördersumme vermissen lasse. Die Antwort zu Frage 8 könnte weiter erläutert werden, denn in der – für die Fraktion DIE LINKE – nicht erreichbaren Datenbank müssten diese Informationen ebenfalls hinterlegt sein.

Herr Dr. Kühling erklärt, seines Erachtens sei die Frage 7 vollständig beantwortet; nach der konkreten Finanzierungssumme sei nicht gefragt worden. Es bestehe das Problem, dass bei Unternehmen mit mehreren Produktionsstandorten die konkrete Produktion kaum klar lokalisiert werden könne.

Pressemeldungen über Exportanträge eines Unternehmens bzw. die Arbeit des Bundessicherheitsrates könne seines Erachtens nicht als Arbeitsgrundlage des Ressorts gelten.

Abg. Schäfer weist darauf hin, dass die Fragen der Links-Fraktion sich nicht am Produktionsstandort, sondern am Unternehmenssitz orientierten.

Senator Günthner unterstreicht nachdrücklich, dass Exportgenehmigungen von Waffengeschäften über den Bundessicherheitsrat erfolgten. Ressort und Senat wüssten nicht, wann der Bundessicherheitsrat welche Angelegenheiten behandle. Pressemeldungen – welcher Art auch immer – dürften nicht die Arbeitsgrundlage des Wirtschaftsressorts bilden.

Beschluss:

Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den beigefügten Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen für den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit im Lande Bremen zur Kenntnis.

TOP 11 Inklusion in der Wissenschaft: Zwischenbericht und kostenneutrale Verlängerung der Laufzeit

Vorlage Nr. 19/139-L

Beschluss:

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft Arbeit und Häfen stimmt der kostenneutralen Laufzeitverlängerung zu.

Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 12 Bremische Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten für die Ausführung von Rechtsvorschriften nach dem Gesetz über die Beförderung gefährlicher Güter

Vorlage Nr. 19/140-L

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen stimmt der Bremischen Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten für die Ausführung von Rechtsvorschriften nach dem Gesetz über die Beförderung gefährlicher Güter zu. Die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen bittet den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen die Senatsbefassung einzuleiten. Die Beschlussfassung erfolgt **einstimmig**.

TOP 13 Aktuelles

Neue Bundesrichtlinie zum Förderprogramm "Innovativer Schiffbau sichert wettbewerbsfähige Arbeitsplätze" vom 24.März 2016: Erster Kofinanzierungsfall für das Land Bremen in 2016

Vorlage Nr. 19/147-L

Auf Nachfrage des **Abg. Kastendiek** nach den konkreten Innovationen sagt **Herr Dr. Kühling** eine Klärung zur nächsten Sitzung zu.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die beigefügte Senatsvorlage zur Kenntnis.

TOP 14 Verschiedenes

Abg. Frau Grobien erinnert an die geplante Exkursion des Hafenausschusses am 29.04.2016 in Bremerhaven und erläutert, sowohl das Ressort wie auch bremenports seien aufgrund anderer Termine verhindert. Zudem gebe es bisher nur wenige Anmeldungen für diesen Termin. Ihres Erachtens wäre es sinnvoll, über die Ausschussassistenz einen Ausweichtermin prüfen zu lassen.

Staatsrat Siering erläutert, am 29.04.2016 sei ein Gerichtstermin in Sachen OTB angesetzt, bei dem sowohl Ressort als auch bremenports vertreten sein müssten; er selbst habe zudem einen Aufsichtsratstermin in Wilhelmshaven. Vor diesem Hintergrund und angesichts des bisher zurückhaltenden Zuspruchs halte er eine Verschiebung für sinnvoll.

Das Einverständnis der Fraktionen vorausgesetzt kündigt **Abg. Frau Grobien** an, die Ausschussassistenz für die Exkursion in Bremerhaven mit einer Terminverschiebung zu beauftragen.

Es erhebt sich kein Widerspruch.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abg. Kastendiek schließt die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
– öffentlicher Teil.

Kastendiek
- Vorsitzender -

Für die Protokollführung
Sengstake

EFRE-Programm Land Bremen 2014 - 2020

Alle Angaben EFRE-Mittel ohne nationale Komplementärfinanzierung

Stand: 22.03.2016

Übersicht über die verfügbaren und durch Beschlüsse gebundenen sowie verausgabten EFRE-Mittel

Prioritätsachse	verfügbar ¹⁾	beschlossen ²⁾	verausgabt ³⁾
Achse 1 - Innovation	48.140.858	13.860.000	0
Achse 2 - KMU	13.012.593	2.003.000	0
Achse 3 - CO2	18.543.844	478.904	0
Achse 4 - Stadtentwicklung	13.021.921	420.000	0
Achse 5 - Technische Hilfe	4.120.854	0	0
Programm insgesamt	96.840.070	16.761.904	0

¹⁾ Hauptzuweisung ohne leistungsgebundene Reserve (5.181.282 Euro = 6 % von 103.021.352 Euro). Entscheidung über Verfügbarkeit und Zuordnung im Programm fällt erst 2019.

²⁾ In Deputationen, Parlamentsausschüssen oder von der Verwaltung initiierte Projekte.

³⁾ Geprüfte und im Datenbanksystem erfasste Ausgaben.

Vorhabenliste

Lfd. Nr.	Gremium	Sitzungsdatum	Vorlage / Projekt	Achse	Laufzeit	beschlossen	verausgabt
1	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Gröpelingen Marketing e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
2	Deputation SWAH HaFA	13.11.2014 12.12.2014	City- und Stadtteilmarketing / -management Gröpelingen (Kultur vor Ort e.V., inkl. KMU-Beratung)	4	2015	70.000	0
3	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Bremer Programm zur Förderung von Unternehmensgründungen durch Hochschulabsolventen/-Innen und Young Professionals (BRUT)	2	2015-2017	623.000	0
4	Deputation SWAH HaFA	03.12.2014 12.12.2014	Projektförderung für das Bremerhavener Innovations- und Gründerzentrum (BRIG)	2	2015-2017	465.000	0
5	Deputation SWAH HaFA	04.02.2015 13.02.2015	Richtlinie zur Förderung der Teilnahme an Messen und Ausstellungen -Bremlisches Messeförderungsprogramm-	1	2015-2021	1.800.000	
6	Wissenschaftsausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer-Institut MEVIS Neubau	1	2015-2020	6.000.000	0
7	Wissenschaftsausschuss HaFA	24.02.2015 13.03.2015	Fraunhofer Anwendungszentrum für Windenergie-Feldmessungen 2. Phase	1	2015-2018	950.000	0
8	Deputation SWAH	30.09.2015	Gründungsstrategie für das Land Bremen (BEGIN)	2	2016/2017	915.000	0
9	Deputation SWAH	02.12.2015	Umbau des ehemaligen Verwaltungsgebäudes der „Deutschen See“, Klußmannstraße	3	2016/ 2017	478.904	0
10	Deputation SWAH	02.12.2015	City- und Stadtteilmarketing und -management Gröpelingen und Kultur Vor Ort	4	2016/ 2017	280.000	0
11	Deputation SWAH	10.12.2015	Bremer Luft- und Raumfahrt-Forschungsprogramm 2020 (LuRaFo)	1	2015-16	5.110.000	0

Auflistung der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputationen für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in der 19. Legislaturperiode (Stand 06.04.2016)

Lfd. Nr.	Auftrag/Berichtswunsch	Datum des Auftrages	Fragesteller	Aktueller Bearbeitungsstand / soll vorgelegt werden am
1.	Potenzielle bilanzielle Auswirkungen der Ausschreibung von Bodenverkehrsdiensten auf die Flughafen GmbH	01.07.2015	Abg. Rupp	Sommer 2016
2.	Europäische Strukturfonds im Land Bremen 2007-2013 Weitere Berichterstattung in kurzen Zeitabständen erbeten	09.09.2015	Abg. Kastendiek Abg. Rupp	zuletzt 10.02.2016
5.	Einzelhandels-/Innenstadtentwicklung - Ansgariquartier - Am Wall	09.09.2015	Abg. Kottisch	04.11.2015
8.	Entwicklung Gewerbepark Hansalinie	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich
9.	ttz Berichterstattung der Entwicklung	04.11.2015	Abg. Fecker	1 x jährlich, Ende 2016
10.	Kostenstruktur WFB - im Geschäftsjahr 2015	schriftlich 02.12.2015	Abg. Rupp	nach Jahresabschluss
13.	Arbeitsmarktförderung von Alleinerziehenden - Zielerreichung der Beratungsstrukturen, Abbruchgründe - Analyse und Konzept	10.02.2016	Abg. Frau Böschen Abg. Rupp	6 Monate nach Beratung in der Brem. Bürgerschaft im April 2016
14.	Spicarium - mögliche Nachnutzung	10.02.2016	Abg. Kastendiek	
15.	Bremen-Nord-Konzept	10.02.2016	Abg. Kastendiek	
16.	Gewerbeflächenverkäufe	02.03.2016	Abg. Kottisch	